Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Technische Rundschau", „Haus und Garten", Witzblatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Österreichs, des Tschechoslow. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 11.25 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Ausland ausschließlich Postaufschlag; für Berlin und Vororte monatlich 3.75 Mark, vierteljährlich 11.25 Mark bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Österreich-Ungarn 5.— Mark, für alles Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 2.— Mark. In Berlin und Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10181—10144, für den Fernverkehr Nr. 14207—14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseratenpreis: Zeile M. 2.— u. 50% Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 2.— die Zeile. Inserat.- u. Abonn.-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 16; Potsdam. Str. 38; Zimmerstr. 38; Königstr. 36/37; Rosenthal. Str. 40; Schönh. Allee 148; Hackescher Markt 2; Spandauer Str. 67/68; Nathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schloßbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 280; Frankf. Allee 346; Wilhelmstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Hermann. Str. 1; Müllerstr. 130; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Schloßstr. 39; Wilmersd. Str. 2578; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Zehlendorf-Grunew.: Hohenzollernstr. 1; Schmargendorf: Breite Str. 6; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 98/94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 6; Schöneberg: Hauptstr. 29/34; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 13; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 19. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 341 • Ausgabe A Nr. 186
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 341

Sonnabend, 26. Juli 1919
48. Jahrgang

Die große Abrechnung in Weimar.

Das Schreiben des Vatikans über Lloyd Georges Friedensangebot im Jahre 1917.

Erzbergers Anklagerede.

Reichsminister Braun gegen die Landjunker.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Erich Dombrowski.

E. D. Weimar, 25. Juli.

Der heutige Tag wurde zu einer großen politischen Sensation. Die Abrechnung mit den Reaktionären hat begonnen. Am Vormittag verliefen die Verhandlungen ziemlich ruhig. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Beyerle entwickelte das Arbeitsprogramm seiner Partei und sprach seine Zustimmung zu den programmatischen Erklärungen des Kabinetts Bauer aus. Die demokratische Fraktion schickte die Abgeordnete Frau Dr. Bäumer vor, die vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Fragen im Anschluß an die Darlegungen des Ministerpräsidenten erörterte. Der preußische Landwirtschaftsminister Braun ging zur Offensive gegen die Rechte vor, die in ihrer Interpallation über den Landarbeiterstreik die Regierung und insbesondere den Landwirtschaftsminister scharf angegriffen hatte. In einer anderthalbstündigen Rede erbrachte er an der Hand eines fast unerschöpflichen Aktenmaterials den Nachweis, daß die pommerschen Junker und Großagrarier es gewesen seien, die die Landarbeiter durch ihre herausfordernde Haltung in die Streikbewegung hineingetrieben hätten. Die Tarifverhandlungen hätten sie brüsk abgebrochen, nachdem sie sich genügend mit Waffen versehen und das allzu bereitwillige Generalkommando gegen die Arbeiterschaft scharf gemacht hätten. Der pommersche Landbund, eine ausgesprochen gegenrevolutionäre Organisation, hätte es zur Machtprobe kommen lassen wollen. Man muß dem Minister Dankbar sein, daß er mit kühler Sachlichkeit in dieses reaktionäre Wespennest hineingegriffen und so eine Bewegung im Keime erstickt hat, die unabsehbare Folgen haben konnte. Wenn seine Darlegungen durch das Verlesen immer neuer amtlicher Briefe, Schriftstücke und dergleichen auf den Zuhörer auch ermüdend wirkte, so war diese detaillierte Beweisführung doch dringend notwendig. Die Rechte konnte einfach nichts darauf erwidern, denn alles, was der Minister vorbrachte, war schwarz auf weiß geschrieben, und so mußten sich die Deutschnationalen völlig still verhalten und die schweren Anklagen ohne jeden Widerspruch über sich ergehen lassen.

Erst in der Nachmittagssitzung setzten die Deutschnationalen sich zur Wehr, und Herr v. Gräfe, der mecklenburgische Talmijunker, ging von der Defensive zur Offensive über. Wohlweislich aber vermied er es, bis auf eine gelegentliche Zwischenbemerkung auf den pommerschen Landarbeiterstreik zurückzukommen. Dagegen begab er sich sofort auf den Boden der großen Politik und fuhr das schwerste Geschütz gegen die Regierung und insbesondere gegen den Minister Erzberger auf. Seine Rede wirkte wie eine Fanfare, wie ein Aufruf an alle reaktionären und alldeutschen Kreise, nunmehr konzentrisch gegen die Regierung und die Errungenschaften der Revolution vorzugehen. Wie in einer Wahlversammlung arbeitete er mit den gröbsten agitatorischen Mitteln. An allem sollte allein die Revolution und die jetzige Regierung schuld sein, an den trüben politischen, sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen der Gegenwart, ohne aber zu fragen, welche Ursachen die Revolution und der Elendsfriede gehabt haben. Selbstverständlich ist nach seiner Meinung auch die Armee lediglich durch die sozialistische Propaganda zerrüttet und zur Kapitulation gezwungen worden. Seine Ausführungen riefen wiederholt große Lärmszenen hervor. Der Präsident hatte wiederholt die größte Mühe, dem Redner, der mit eiserner Stirn den Mehrheitsparteien des Parlaments Vorwurf auf Vorwurf zuschleuderte, Gehör zu schaffen.

Kaum hatte Herr v. Graefe geendet, als sofort auch der Reichsfinanzminister Erzberger am Rednerpult erschien und nun Generalabrechnung mit ihm, den deutschen Volksparteilern und der alten Regierung hielt. Gewiß, Erzberger hat nicht auf alle Anklagen geantwortet, die gegen ihn in letzter Zeit erhoben worden sind, aber sehr geschickt wußte er, von der Anklagebank zurückzutreten, sehr bald selbst die Rolle des Anklägers zu übernehmen. So derb und kühn ist in der Nationalversammlung noch nicht gesprochen worden, wie es heute Herr Erzberger getan hat. Der Abgeordnete v. Graefe habe behauptet, daß die Mehrheitsparteien von Illusion zu Illusion getaumelt seien. In Wirklichkeit seien es die Konservativen und Alldeutschen gewesen, deren machtpolitische Illusionen völlig zusammengebrochen seien. Dann erörterte er im einzelnen die beiden Friedensschritte der Gegner, die von den Schwerpolitikern und dem Militär zunichte gemacht worden seien: Die Friedensbemühungen Wilsons vom Ende des Jahres 1916 und die Friedensanregung Englands, die es im August 1917 durch Vermittlung des Vatikans an Deutschland gelangen ließ. Als er mitteilte, daß der Reichskanzler Dr. Michaelis die englische Note vier Wochen unbeantwortet ließ und dann, nach dem Diktat Ludendorffs und der deutschen Vaterlandspartei ausweichend beantwortete, ging ein Sturm der Entrüstung durch das Haus. Erzberger kündigte die Veröffentlichung weiteren Materials aus der Kriegszeit an und beleuchtete darauf die Haltung der Obersten Heeresleitung kurz vor der Einleitung des Waffenstillstandes. Die Heerführer hätten im Oktober vergangenen Jahres, also vor dem Ausbruch der Revolution, gewußt, daß die militärische Front unmittelbar vor ihrem Zusammenbruch stehe, wenn nicht sofort ein Waffenstillstand abgeschlossen werde. Peinlichstes Aufsehen riefen auch seine Mitteilungen über die Deportation belgischer Arbeiter und die Versuche der Schwerindustrie, durch Verknüpfung privatwirtschaftlicher Inter-

Die ablehnende Antwort des Reichskanzlers Dr. Michaelis.

Wie wir bereits in unserer gestrigen Morgenausgabe berichteten, hat die englische Regierung im Jahre 1917 durch den Vatikan eine ernste Vorfrage über Belgien an Deutschland zur Anbahnung von Friedensverhandlungen gelangen lassen, und der Apostolische Nuntius in München, Erzbischof von Sardi, Eugen Pacelli, richtete an den damaligen Reichskanzler Dr. Michaelis am 30. August 1917 ein Schreiben, in dem auf die Bedeutung der päpstlichen Vermittlung aufmerksam gemacht worden war. Dieses Schreiben ist nun im Wortlaut in einer von Oskar Müller verfaßten Broschüre: „Warum mußten wir nach Versailles?" enthalten. Es lautet

München, den 30. August 1917.

Euere Exzellenz!

Ich habe die hohe Ehre, anliegend Euerer Exzellenz die Abschrift eines Telegramms zu übermitteln, das von Seiner Exzellenz dem Herrn Gesandten Seiner Majestät des Königs von England bei dem Heiligen Stuhle Seiner Eminenz dem Herrn Kardinalstaatssekretär übergeben wurde; die französische Regierung schließt sich dem im gleichen Telegramm ausgeführten Darlegungen an.

Seine Eminenz ist voll des Verlangens, jene Bemühungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzusetzen, welchen anzunehmen die kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich Seine Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzulenken, welcher sich auf Belgien bezieht und zu erreichen: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung befriedigend, so meint Seine Eminenz, daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine königliche Regierung bereits versichert, daß der Heilige Stuhl auf die im angegebenen Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der kaiserlichen Regierung erhalten haben wird.

Meinerseits möge es mir gestattet sein, der festen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß Euere Exzellenz, bei deren Eintritt in die allerhöchste Stelle unter wohlerwünschtem Zusammentreffen der hochgeschätzte päpstliche Vorschlag erschienen ist und welche so günstige Stimmungen in bezug auf dieses Friedenswerk gezeigt hat, sich unsterbliche Verdienste erwerben wird, um das Vaterland und um die ganze Menschheit, wenn mit einer versöhnlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird.

In solcher Erwartung ist es mir sehr angenehm, der Gesinnung höchster Wertschätzung Ausdruck zu geben und habe ich die Ehre zu verharren als

Euerer Exzellenz
ergebenster
gez. Eugen Pacelli, Erzbischof von Sardi,
Apostolischer Nuntius.

Dr. Michaelis hat auf diesen wirklich ernsten Friedensschritt erst nach 25 Tagen, also am 24. September mit einem Schreiben geantwortet, in dem der eigentliche Kern der Sache, die belgische Frage, umgangen wird. Es ist ein weitschweifiges Schriftstück, in dem es heißt, daß alle Eingungsvorschläge von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt seien, „wenn nicht bei den Austausch der Meinungen derjenige Geist von Objektivität und Achtung vor dem Standpunkt des Gegners vorwaltet, für den gerade Seine Heiligkeit der Papst während der ganzen Dauer dieses furchtbaren Krieges den Völkern ein so leuchtendes Vorbild gegeben hat." Es wird dann weiter davon gesprochen, daß die bisher von unseren Gegnern bekanntgegebenen Kriegsziele einen Ausgangspunkt zur Voraussetzung hätten, der dank der Standhaftigkeit des deutschen Volkes niemals eintreten wird: nämlich eine völlige Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten. „Wollte Deutschland", so heißt es dann weiter in dem Schreiben, „Kriegsziele veröffentlichen oder seinen heutigen Gegnern mitteilen lassen, die von der umgekehrten Voraussetzung, d. h. von einer völligen Niederwerfung seiner heutigen Gegner ausgingen, so würde unseres Erachtens die Sache des Friedens hierdurch nicht gefördert, sondern geschädigt; denn die Abweichungen der gegenseitigen Forderungen wären so groß, daß auch der beste Wille verzweifeln müßte, eine Einigung für möglich zu halten. Sollte es im gegenwärtigen Augenblicke zu Gesprächen über die Möglichkeit des Friedens kommen, so könnten sie nur auf einer neuen Grundlage geführt werden — auf der Grundlage nämlich, daß zurzeit keine von beiden Parteien besiegt sei und keine der anderen moralisch oder politisch etwas zumute, was von einem stolzen Volk, selbst, wenn es besiegt wäre, nicht ertragen werden könnte.

Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Euerer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu entsprechen, so liegt der Grund hierfür keineswegs darin, daß die Kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätzte oder glaubte, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig scheinenden Garantien könnten ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen."

Nach einer solchen Antwort, schreibt dann Oskar Müller, „war es nach der öffentlichen und vertraulichen Behandlung, welche die Friedenskundgebung des Papstes in Deutschland erfahren hatte, nicht zu verwundern, daß sich bei den feindlichen Regierungen und im neutralen Auslande von neuem die Ueberzeugung festsetzte, **die Friedensresolution des Reichstags sei mehr eine Angelegenheit politischer Fassadenkunst gewesen,** als eine ernsthafte Orientierung der deutschen Politik zum Verständigungsfrieden, daß vielleicht einige Parteien des Reichstags, keinesfalls jedoch die Regierung und die sie stützenden Faktoren zu einer für die Entente annehmbaren Lösung der belgischen Frage bereit seien, und daß es nun gelte, mit zusammengebissenen Zähnen in den vierten Kriegswinter zu gehen. Das war es, was auch die Minderheit des deutschen Reichstags und die **alldeutschkonservative Agitation im Lande gewollt hatten.** Sie waren im offenen politischen Kampf unterlegen, aber sie hatten, dank der Schwäche der Regierung, einen großen geheimen Sieg davongetragen. Der Frieden war verhindert, der Krieg ging weiter, und das Schicksal Deutschlands neigte sich in der typischen Verbindung glänzender militärischer Erfolge mit der Unmöglichkeit, sie politisch fruchtbar zu machen und zum Frieden reifen zu lassen, seinem Ende zu."

Noch folgende in der Broschüre angeführten Tatsachen sind von entscheidender Bedeutung: Staatssekretär v. Hintze sagte gleich nach seinem Amtsantritt den General Ludendorff, ob er sicher sei, mit der jetzigen Offensive (Sommer 1918) den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen. Der General sagte darauf: **„Darauf antworte ich mit einem bestimmten Ja."** Als die Situation sich änderte, erklärte Ludendorff auf eine Frage Hintzes, daß wir durch eine strategische Defensive imstande seien, den Kriegswillen der Entente zu lähmen und sie so allmählich zum Frieden zu bringen. In der Broschüre heißt es dann wörtlich:

„Dem Staatssekretär des Aeußern verbot es seine genauere Kenntnis der politischen Gesamtlage, an einen Erfolg dieser Taktik zu glauben; er verlangte deswegen die Ermächtigung zur Anbahnung des Friedens mit diplomatischen Mitteln, worunter er auch die Minderung der bis dahin aufgestellten Kriegsziele begriffen wissen wollte. **Hierfür war jedoch die Oberste Heeresleitung damals noch nicht zu haben;** in ihrem Sinne wurde deshalb im Kronrat die dem Staatssekretär erteilte Ermächtigung zu Friedensschritten dahin beschränkt, **daß ausdrücklich an den für den Fall „Sieg" aufgestellten Kriegszielen festgehalten werden sollte."**